

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zeiten, in denen wir unseren Haushalt beraten, sind geprägt von Krisen. Sei es der rechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und eine dadurch noch stärker anschwellende Flüchtlingsbewegung oder aber noch immer, die großen Herausforderungen, die die Corona Pandemie für unser Gesundheitssystem, die Bildungseinrichtungen und unsere Pflegeeinrichtungen der Stadt bedeuten. Dazu kommt das Chaos rund um die Übernahmeverhandlungen des GKM's.

Dazu eins vorneweg: Hätten Sie, Herr Oberbürgermeister, vor einem guten Jahr auf die Kritiker hier im Rat gehört, allen voran unseren Fraktionsvorsitzenden Stephan Wefelscheid, aber auch den Grünen Ratskollegen Dr. Ulrich Kleemann, wären wir heute schon viel weiter. Es war doch von Beginn an vollkommen unrealistisch zu glauben, dass es nur einen Kaufinteressenten für so ein großes Krankenhaus geben kann! Die Verhandlungen nur auf einen einzigen Kaufinteressenten zu konzentrieren war beihilferechtlich dünnes Eis und planerisch fahrlässig. Wohin das führt, wenn man alles auf eine Karte setzt, sehen wir jetzt. Dabei kann man noch froh sein, wenn durch die aktuellen Entwicklungen am Ende des Tages die Veräußerung platzt und die Idee der

Rekommunalisierung des GKM wieder in den Focus rückt. Alles andere wäre auch politisch unvertretbar. Ich erinnere an dieser

Stelle gerne noch mal an das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags von Rheinland-Pfalz, welches die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in Auftrag gegeben hatte. Danach steht fest, dass sich die Kommune niemals durch Veräußerung vollständig ihrer Gewährträgerschaft der kommunalen Daseinsvorsorge entziehen kann. Fällt ein Krankenhaus, muss es geschlossen werden oder nimmt dessen Angebotsspektrum signifikant ab, ist der Staat gefordert neue Angebote zu schaffen. Ganz ehrlich: Dann kann man die Privatisierung auch gleichbleiben lassen und seine Arbeit auf den Aufbau eines starken kommunalen Krankenhauses konzentrieren. Und die Zeiten dafür könnten besser werden: Denn wie Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach verkündete, soll das Krankenhaussystem von Grund auf überdacht und die Finanzierung künftig nicht mehr über DRG-Fallpauschalen, sondern als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge laufen. Ziel sei, eine bessere Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Denn derzeit müsse aufgrund des hohen ökonomischen Drucks „so viel und so billig wie möglich“ behandelt werden, schreibt etwa die ZEIT. Im Zentrum solle die Vorhaltung von Kapazitäten, eine

bessere Versorgung auf dem Land, aber auch die Entlastung des Personals stehen. Dieses verlasse aufgrund des übermäßigen, wirtschaftlich bedingten Leistungsdrucks zusätzlich zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie nämlich zunehmend die Krankenhäuser. Als FREIE WÄHLER können wir Minister Lauterbach in seinem Vorschlag nur zustimmen. Schon lange sagen und fordern wir: Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge und darf kein Spekulationsobjekt risikofreudiger Zocker sein. Die fortschreitende Privatisierung und Entkernung unserer Gesundheitsversorgung ist Risiko für Leib und Leben aller Menschen in unserem Land. Was für teure und schädliche Auswüchse das annehmen kann, sieht man im Nachbarbundesland Hessen, wo das Universitätsklinikum Gießen und Marburg 2006 fast vollständig privatisiert wurde und seitdem Gegenstand stetiger Auseinandersetzungen und Krisen ist. Leider meist zulasten der Gesundheitsversorgung und der Arbeitnehmer.

Die Privatisierung des GKM wäre ein weiterer Sargnagel für das rheinland-pfälzische Gesundheitswesen. Bundesweit nimmt in den letzten Jahrzehnten die Qualität unserer Gesundheitsversorgung ab. Die Unterversorgung im ländlichen Raum ist bereits in Teilen Deutschlands, aber auch in Rheinland-Pfalz, dramatisch. Wir FREIE WÄHLER sehen die Reformierung der

Krankenhausfinanzierung als wichtiges und überfälliges Signal für unser Gesundheitswesen. Klar erkennbar ist für uns, dass der eingeschlagene Weg der Kommerzialisierung unserer Krankenhausversorgung durch Privatisierung der Falsche ist und unsere Krankenhäuser in kommunale Hand gehören, zum Wohle unserer Kommunen und Bürger. Ich muss den dringenden Appell an Sie, Herr Oberbürgermeister Langner und auch an Ihren roten Pateifreund, den rheinland-pfälzischen Gesundheitsminister Clemens Hoch, richten, die Zeichen der Zeit zu erkennen und anzunehmen und das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein endlich in kommunale Trägerschaft zu überführen! Die FREIE WÄHLER Stadtratsfraktion haben Sie dafür an Ihrer Seite!

Auch die Privathaushalte – deren besonderes Augenmerk unsere Arbeit hier im Rat gelten muss – sind durch hohe Energiepreise und einer generell hohen Inflation besonders belastet.

Wir stehen als Politik in der Verantwortung hier in Koblenz für Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Wir FREIE WÄHLER haben uns immer dieser Verantwortung gestellt und sind nie in Ideologien und fanatische Ideen abgedriftet. Unter diesen Eindrücken haben wir unseren Haushalt beraten, dessen Entstehung alles andere als die notwendige Stabilität und Sicherheit gezeigt hat. Damit meine ich

keinesfalls die gute Arbeit unserer Verwaltung, sondern die Einnahmesituation von Seiten des Landes. Die Berechnung hier gleichen mehr einer Berg- und Talfahrt als einer stabilen Berechnung. So sahen die ersten Kalkulationen noch plus 18 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr vor, dann waren wir zwischendurch bei minus 4 Millionen Euro, um jetzt bei 800.000 Euro zu enden.

Herr Oberbürgermeister, wenn das der enge Draht von Mainz sein soll, den Sie bei Ihrer Wahl vor 4 Jahren immer beschworen haben, dann stellt sich uns schon die Frage, ob wir diesen Draht überhaupt benötigen? Geräuschlos und kritiklos ist Ihre bisherige Arbeit als4 Vorsitzender des Städtetags wahrzunehmen. Eine deutliche Kritik am neuen, kommunalen Finanzausgleich ist Ihrerseits aber mehr als notwendig, nicht nur im Interesse unserer Stadt!

Die Neuregelung des Landesfinanzausgleichsgesetzes, die zum 01. Januar 2023 in Kraft tritt, hat viele Mängel. Dies wurde nicht zuletzt von den Experten im Anhörverfahren zum Gesetzesentwurf bestätigt. Die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um 82 Millionen Euro ist lediglich ein Automatismus, denn hier wird kommunales Geld horizontal verteilt.

Da nach den Modellrechnungen viele Kommunen im Vergleich zum

alten Recht schlechter gestellt werden – dies betrifft vor allem die Verbandsgemeinden –, muss ein Härtefallfonds in Höhe von 100 Millionen Euro aufgesetzt werden, der diese benachteiligten Gemeinden in finanziellen Notlagen unterstützt. Wird keine Abhilfe geschaffen, sind erneute Klagen gegen das Landesfinanzausgleichsgesetz unausweichlich.

Gleichzeitig muss der Kommunale Finanzausgleich insbesondere im Jahr 2024 durch originäre Landesmittel aufgestockt werden.

Nach Zurechnung der 82 Millionen Euro liegt die Finanzausgleichsmasse im Jahr 2024 114 Millionen Euro unter der Summe des Jahres 2023. Um solchen Entwicklungen gegenzusteuern, braucht das Landesfinanzausgleichsgesetz keinen Symmetrie-, sondern einen Verstetigungsmechanismus. Schließlich bleiben Kommunen von Teuerungsraten nicht verschont.

Darüber hinaus muss die komplementäre Altschuldenlösung grundlegend überdacht werden. Dem Landtag wurde suggeriert, es würden die Hälfte der Liquiditätskredite aller Kommunen in Rheinland-Pfalz landesseitig übernommen. Dem steht jedoch die Hürde des Sockelbetrags gegenüber – also das notwendige Erreichen einer Mindestschuld pro Einwohner, die erst eine Teilnahme an der Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen ermöglicht. In der Konsequenz können somit vor allem viele

Ortsgemeinden nicht vom Altschuldenschnitt profitieren. Mangels fehlender Steuereinnahmen bleiben sie auf ihren Schulden sitzen und werden diese auch perspektivisch nicht abbezahlen können. So ist es auch in Koblenz: Während insbesondere die hoch verschuldeten Pfälzer Städte überproportional in den Genuss der Schuldenübernahme kommen, gehen die nördlichen Städte überwiegend leer aus. Kommunen wie unser schönes Koblenz, die sich Jahre lang angestrengt und gespart haben, werden bestraft! Unsere Schulden sind noch nicht schlimm genug! Also werden wir von der rot-grün-gelben Landesregierung dafür bestraft, dass wir uns immer wieder anstrengen, Einsparungen zu erreichen und gleichzeitig Mehreinnahmen zu erzielen.

Für uns FREIE WÄHLER ist klar, dass das Land hier die Chance vertan hat, den kommunalen Finanzausgleich auf solide Beine zu stellen.

Wir FREIE WÄHLER befürchten, dass nach dieser Bestrafung nun die Erpressung folgen wird.

Aktuell müssen viele Ortsgemeinden gerade die Steuern für ihre Bürgerinnen und Bürger erhöhen, weil das Land sie zur massiven Anhebung der Hebesätze zwingt. Noch können wir uns in Koblenz dagegen verwehren. Aber wer weiß wie lange noch. Zukünftige

Förderung werden sicherlich mit der Anhebung der Hebesätze verknüpft werden, so dass uns die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Aus unserer Sicht ein fatales Signal an unsere Unternehmen und private Haushalte, die darunter leiden werden.

Wir FREIE WÄHLER haben immer wieder hier in der Stadt aber auch im Landtag kritisiert, dass der neue Finanzausgleich nicht ausreicht, damit die Kommunen im Land bei wachsenden Aufgaben handlungsfähig bleiben. Man hat uns schlicht alleingelassen mit den Schulden.

BAU:

Wir FREIE WÄHLER möchten, dass unsere Verwaltung zukunftsfähig und innovativ aufgestellt ist. Und dass das Potential und die Expertise unserer Mitarbeiter vollumfänglich genutzt werden. Diese Ressourcen sind in der Stadt vorhanden und gilt es noch mehr zu nutzen.

Das Zentrale Gebäudemanagement ist in der Stadt Koblenz für über 300 Gebäude zuständig. Der Aufgabenbereich betrifft Planungen, Neubauten, Sanierungen, Bewirtschaftung sowie das Facility Management. Hinzu kommen die Abstimmungen mit den jeweiligen Fachämtern. Es werden Schulen, KiTas und Labore geplant. Also ein immenses Spektrum an Aufgabenstellungen. Und die Mitarbeitenden mit Herrn Kroh und Frau von Wnuk-Lipinski an

der Spitze sind gut und motiviert.

Allein in diesem Jahr hat sich das Auftragsvolumen um 4,7 Millionen € erhöht auf der anderen Seite wurden nur drei neue Stellen geschaffen.

Immer wieder wurde in den Haushaltsberatungen auf das ZGM gezeigt.

Immer wieder neue Forderungen gestellt.

immer wieder mehr erwartet.

Und immer wieder musste abgewunken werden, weil das ZGM keine weiteren Kapazitäten hat.

Nachdem das ZGM vor ca. 10 Jahren eingerichtet wurde, halten wir es für angebracht, die Organisationsstruktur zu evaluieren und zu überprüfen, ob diese noch zu den aktuellen Herausforderungen passt.

Immerhin erwarten wir:

Dass energetischen Sanierungen schneller und effizienter vorangetrieben werden.

Dass kreative Lösungen in Bezug auf den des Fachkräftemangels erarbeitet werden

Und dass die Organisations- und IT-Infrastruktur modern und innovativ aufgebaut ist

Deshalb stellen wir FREIE WÄHLER im Januar einen Berichtsantrag, die Evaluation der Organisationsstruktur in Angriff zu nehmen.

Wo wir beim Thema Bau sind, komme ich auch nicht umhin das Thema Pfaffendorfer Brücke und die mangelhafte finanzielle Unterstützung durch das Land anzusprechen. Wir sind uns einig: Die infrastrukturelle Ausstattung eines Landes, und insbesondere das Straßennetz, stellen einen grundlegenden Faktor für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Wohlergehen dar. Von hervorgehobener Bedeutung sind hierbei Brücken, welche sonst unüberwindbare Hindernisse passierbar machen und die Menschen verbinden. Doch um diesen Zweck erfüllen zu können geht kein Weg an ausreichender Investition bei Bau und Unterhalt vorbei. Im konkreten Fall der Pfaffendorfer Brücke in Koblenz besteht ein dringender Bedarf an solcher Investition. Die ersten Schritte für den Abriss und Neubau sind bereits im Gange. Gegenüber der Planung sind die Baukosten allerdings geradezu explodiert, weitaus höher, als in der ursprünglichen Förderung veranschlagt. Da der Neubau der Pfaffendorfer Brücke von großer und überregionaler Relevanz für den rheinland-pfälzischen Verkehr ist, sollte die Landesförderung dem entsprechen. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hatte deswegen für den Landeshaushalt 2022

beantragt, die Stadt Koblenz zu entlasten und die Verpflichtungsermächtigung des Landes um 35 Millionen Euro zu erhöhen. Ziel des Antrags war es, den Abriss und Neubau der Pfaffendorfer Brücke zu einem Satz von 88 Prozent zu fördern. Dass die Ampel Fraktionen prinzipiell alle Anträge der Opposition ablehnen, geschenkt. Dass dabei aber mit der Koblenzer SPD Abgeordneten Anna Köbberling und dem Koblenzer Grünen Abgeordneten Carl Bernhard von Heusinger gleich zwei Ratskollegen gegen mehr Geld für Koblenz stimmen, lässt sich mit der ampeligsten Parteibrille nicht mehr erklären. Für mich ist deren Verhalten einfach nur unpatriotisch gegenüber der eigenen Heimatstadt.

Studierenden Wohnheim auf dem Campusgelände

Koblenz ist für viele Menschen die Heimatstadt und dies soll auch so bleiben. Dazu benötigen wir Wohnraum in jeglicher Form. Gerade aus meinem Heimatstadtteil Metternich bekomme ich immer wieder Anrufe von jungen Familien, die verzweifelt nach einer Wohnung suchen. Wir FREIEN WÄHLER stehen dafür ein, dass Wohnen kein Luxusgut ist. Dies gilt nicht nur für Studierenden, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist immens. Viele Wohnungen sind als WGs an Studierende vermietet.

Zum wiederholten Mal hat auch das Studierendenwerk Koblenz darauf aufmerksam gemacht, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Mangelnde Wohnheimplätze sind ein schlechter Standortfaktor. Insbesondere für internationale Studierende. Und – und das ist das Fatale – das Problem könnte schon längst angegangen werden. Das Studierendenwerk möchte gerne Bauen, aber es muss auf das OK aus Mainz schon zu lange warten. Dieses Warten muss endlich ein Ende haben.

Ein wenig Licht am Horizont sehen wir auf dem Wohnungsmarkt mit der Erschließung des Rosenquartiers und der Erschließung der Fritsch-Kaserne. Mit diesen beiden Bauprojekten werden über 1000 neue Wohnungen geschaffen, das lässt auf eine leichte Entspannung des Wohnungsmarkts hoffen.

Jugend und Soziales

Wir freuen uns sehr, dass der Ausbau von KiTa-Plätzen in Koblenz weiter voranschreitet.

Mit der Kita in der Goldgrube wird eine Kita mit 8 Gruppen entstehen, auf der Horchheimer Höhe entsteht ein Ersatzneubau für 3 Bestandsgruppen und eine neue Gruppe. In Bubenheim entsteht ebenfalls ein Neubau.

Aber nicht nur eine pädagogische Lernumgebung ist für unsere Kleinsten wichtig, sondern auch gut ausgebildetes

Personal.

Die Studie der Bertelsmann Stiftung vom 20. Oktober 2022 – also noch gar nicht so alt- besagt deutlich, dass in ganz Rheinland-Pfalz aktuell über 26.000 Kita -Plätze fehlen werden. Wir werden vor allem vor der Herausforderung stehen genügend qualifiziertes Personal zu finden. Durch das Kita-Zukunftsgesetz wird diese Situation weiter verschärft. Für uns FREIE WÄHLER ist dies kein fairer Umgang mit uns als Kommune und mit den Familien.

Zu einem tragen wir als Kommune das Delta in den Mehrkosten. Im Jahr 2023 sind das allein 1,3 Millionen Euro. Und in den kommenden Jahren werden die Stadt noch weitere Zuschussanträge erreichen. Unfair für die Familien, weil ihnen das Gefühl vermittelt wird, dass es viele neue Kita-Plätze geben wird, aber die Realität holt uns täglich ein. Der Fachkräftemangel, der viel zu lange im Land ignoriert wurde schlägt mit voller Härte ein.

Die Aufwendungen der sozialen Sicherung steigen (ohne Berücksichtigung von Bürgergeld?) von 135 Mio. € Jahr 2022 auf 144 Mio. € im kommenden Jahr (S. 349). Während die Summe der Erträge um 6,9 Mio. € steigt, erhöht sich die Summe der laufenden Aufwendungen um mehr als das doppelte, nämlich knapp 15 Mio. €. Deshalb ist es für die Stadt essenziell, dass die Hinweise des Rechnungshofs in seinem 24. Kommunalbericht zu der

sogenannten Mindestsicherung berücksichtigt werden.

Frau Bürgermeisterin, wir gehen davon aus, dass die Mitarbeitenden hierzu regelmäßig Weiterbildungen erhalten; das ist wesentlich, denn die Sozialausgaben in Koblenz liegen laut Bericht mit 2,09 % über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 1,46 % (Tabelle, S. 50). Jedes Einsparpotential muss genutzt werden. Das kann – wie der Rechnungshof darlegt – ohne Einschränkungen für die Bezieher der Leistungen erfolgen, und das ist uns auch wichtig.

Meine Damen, meine Herren,

„Städte ohne Kultur sind keine Städte“. So äußerte sich 2010 der Geschäftsführer des Deutschen Bühnenvereins, Rolf Bolwin.

Wir FREIE WÄHLER finden: Recht hat er!

Kultur ist immer auch ein Spiegelbild der städtischen Gesellschaft. Je breiter und vielfältiger die Kultur ist, desto stärker sind der Zusammenhalt der Bürger und die Identität der Bürger mit ihrer Heimat. Insofern finden wir FREIE WÄHLER, dass jeder investierte Euro in die Kultur ein wichtiger Euro in die Stadtgesellschaft ist.

Es ist unbestritten und richtig, dass das kulturelle Angebot einer Stadt immer auch ein wichtiger Standortfaktor ist und für Unternehmen einer Region wie Koblenz auch ein wichtiges

Argument für die Anwerbung von Fachkräften ist. Wir FREIE WÄHLER finden: Kultur ist ein harter Standortfaktor und nicht nur eine „freiwillige Leistung“ im Haushalt.

2010 hatte eben von mir erwähnter Rolf Bolwin seine Aussage „Städte ohne Kultur sind keine Städte“ im Zusammenhang mit der Schließung des Schauspielhauses in Wuppertal getätigt.

Wir Koblenzer können uns glücklich schätzen, dass wir seit über 225 Jahren ein Theater im Herzen der Stadt haben und damit auch eine wichtige Aufgabe für unsere Metropolregion Koblenz/Mittelrhein übernehmen.

Die Sanierung des historischen Hauses am Clemensplatz wird auch 2023 vorangetrieben und ist ein starkes Signal an die Kultur in Koblenz: Wir investieren nicht nur in ein bedeutendes Theater in Deutschland, wir bekräftigen den Erhalt des Hauses mit seinen Sparten Schauspiel, Musiktheater, Ballett und Puppenspiel.

Neben dem Theater sind die Museen und die Stadtbibliothek weitere wichtige Bausteine, die wir mit diesem Haushalt 2023 auch stärken und wir sind zufrieden, dass unser Mahnen die Kürzungen der Vorjahre für die Museen zurückzunehmen vom Stadtvorstand erhört worden sind.

Wir FREIE WÄHLER sind dankbar, dass wir eine engagierte

Kulturdezernentin haben, die sich mit Leidenschaft für die Übernahme der bedeutenden Sammlung der Jacqueline-Diffring-Stiftung eingesetzt hat und wir nunmehr die „Jacqueline Diffring Collection“ in die städtische Kunstsammlung im Mittelrhein-Museum überführt haben.

Unser kulturpolitischer Sprecher Christian Altmaier hatte sich ebenfalls seit vielen Jahren um Jacqueline Diffring und eine Anerkennung ihres künstlerischen Wirkens eingesetzt. Es ist für uns Koblenzer ein Glücksfall, dass bürgerschaftliches Engagement dazu führte, dass das letzte Kunstwerk mit dem Namen „Confluentia“ von Jacqueline Diffring angekauft werden konnte.

FREIE WÄHLER begrüßen es, dass auch mit dem Haushalt 2023 keine Schließungen oder gravierenden Kürzungen im Kultur-Etat stattfinden mussten. Volkshochschule und Musikschule sind ein bedeutender Beitrag zur Bildung und kulturellen Ausbildung.

Auch für die Kleinsten Koblenzer. Hier sei noch erinnert, dass eben von mir angeführte Künstlerin Jacqueline Diffring das ihr zugesprochene Preisgeld zum Kulturpreis der Stadt auch an die Musikschule spendete, für das wichtige Projekt „JeKiS“ – jedem Kind eine Stimme.

Mit Blick auf den Haushalt 2023 bleibt eine Baustelle: Die Alte

Burg. Dort ist noch das Stadtarchiv untergebracht. Als Provisorium. Seit über 40 Jahren. Wir FREIE WÄHLER finden, dass es endlich Zeit wird eine dauerhafte Lösung umzusetzen. Es ist zwar zu begrüßen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Lösungen für eine neue Herberge für unser Gedächtnis der Stadt derzeit plant. Indes sind alle diskutierten Vorschläge wiederum Provisorien! Daher fordern wir Sie auf, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtvorstandes, im Jahr 2023 eine dauerhafte Lösung ins Auge zu nehmen. Wir schlagen weiterhin vor, dass mit der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft gesprochen wird und diese mit ihrem Sachverstand zu einem Zweck-Neubau einzubinden.

Die freie Kulturszene wird auch mit dem Haushalt 2023 unterstützt. Steigende Kosten in allen Bereichen führen zwar dazu, dass stabile Förderhöhen zwar richtig sind, aber die Inflation diese Mittel jedes Jahr schrumpfen lassen. Daher sollte der freien Szene, wie etwa der Kulturfabrik oder dem Koblenzer Jugendtheater, für die kommenden Jahre mehr Unterstützung zukommen. Denn im Reigen aller Akteure sind gerade diese beiden Einrichtungen in Lützel wichtig für den Stadtteil und für die Kinder und Jugendlichen der Stadt.

Unsere konkreten Projekte:

Uns FREIEN WÄHLERN sind die einzelnen Stadtteile von Koblenz wichtig. Hier leben die Menschen zusammen, hier findet das soziale Leben statt.

Vereinsleben mit Dank an die Unterstützung von Ukrainischen Flüchtlingen

In den letzten Jahren haben uns immer wieder Bürgerinnen und Bürger darauf angesprochen, dass die blauen Papier-Container überfüllt sind und massenhaft Altpapier neben den Containern illegal abgelagert wird. Insbesondere durch Online-Shopping hat sich der Papiermüll vermehrt. Auch hier gab es eine enorme Steigerung durch die Corona-Pandemie. Die überfüllten und hässlichen Container sind ein Ärgernis in allen Stadtteilen. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger in sauberen Stadtteilen leben können. Deshalb haben wir in den Haushaltsberatungen eine häufigere Leerung der Papiercontainern gefordert. Wir begrüßen es sehr, dass der Kommunale Service Betrieb im kommenden Jahr das Personal in diesem Bereich verdoppelt und jetzt 3 Stellen für die Leerung der Papier Container einsetzt.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Menschen in den Stadtteilen

und uns FREIEN WÄHLER sind die Friedhöfe in den einzelnen Stadtteilen. Die Friedhöfe bieten nicht nur unseren Vorfahren die letzte Ruhestätte, sie sind grüne Oasen der Ruhe und oft auch soziale Treffpunkte besonders für Seniorinnen und Senioren. Auf Initiative der FREIEN WÄHLER wird hier vom Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen ein „Bank-Konzept“ für die Stadtteil Friedhöfe erarbeitet und zumindest die Planungen in 2023 begonnen werden.

Danksagen

Schluss:

Die FREIEN WÄHLER sind die kommunale Kraft der Mitte in Rheinland-Pfalz. Sie stehen für eine bürgernahe Politik mit gesundem Menschenverstand. Von Menschen für Menschen. Aus der Mitte der Gesellschaft. Sachgerecht und solide.